Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/4399

14.07.80

Sachgebiet 7

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Waigel, Dr. Sprung, Dr. Dollinger, Dr. Probst, Dr. Kreile, Dr. Narjes, Pieroth, Dr. Voss, von der Heydt Freiherr von Massenbach, Dr. Unland, Glos, Kiechele, Dr. van Aerssen, Haberl, Kittelmann, Stommel, Dr. Warnke, Wissmann, Lampersbach, Biehle, Dr. Jobst, Dr. Schwarz-Schilling, Dr. Freiherr Spieß von Büllesheim, Breidbach, Niegel, Engelsberger, Lintner, Dr. Bötsch, Kraus, Landré, Dr. Rose, Rainer, Voigt (Sonthofen), Handlos, Dr. Schwörer, Dr. Fuchs, Röhner und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 8/4312 –

Entwicklung der Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland

Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft – I A 5 – 48 00 23/22 – vom 11. Juli 1980:

Die Bundesregierung hat gegenüber dem Deutschen Bundestag zur Leistungsbilanzentwicklung bereits in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1980 (Drucksache 8/3628 vom 30. Januar 1980) und in der Aussprache hierüber mit der Erklärung des Bundesministers für Wirtschaft (Stenografischer Bericht über die 211. Sitzung am 17. April 1980) Stellung genommen. Ergänzend hierzu beantworte ich im Namen der Bundesregierung die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion wie folgt:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung kurz-, mittel- und langfristig Leistungsbilanzdefizite der Bundesrepublik Deutschland? Für welchen Zeithorizont erwartet sie Leistungsbilanzdefizite für Deutschland?

Insbesondere die erneute drastische Steigerung der Rohölpreise seit Dezember 1978 hat weltweit zu beträchtlichen Zahlungsbilanzungleichgewichten geführt. Sie erzwingt in allen Ländern eine tiefgreifende Strukturanpassung der Wirtschaft.

Das derzeitige Defizit in der deutschen Leistungsbilanz wirft angesichts der vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten durch

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 20 08 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (0228) 36 35 51

Kapitalimporte und durch Währungsreserven kurzfristig keine besonderen Probleme auf. Die vorübergehende Hinnahme des Defizits stellt gleichzeitig eine Entlastung der Zahlungsbilanzprobleme anderer Ölimportländer dar. Es sind jedoch erhebliche Anstrengungen erforderlich, um mittel- und längerfristig das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen. Dazu ist die Fähigkeit der Bundesrepublik Deutschland zu struktureller Anpassung, Erdölsubstitution und -einsparung sowie zur Erhaltung und Steigerung ihrer Wettbewerbskraft gefordert. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist darauf ausgerichtet, diesen Anpassungsprozeß zu erleichtern und den schrittweisen Abbau des Leistungsbilanzdefizits in den nächsten Jahren zu ermöglichen. Sollte es allerdings erneut zu abrupten Ölpreiserhöhungen kommen, so würde dieser Prozeß erheblich erschwert und verzögert werden.

2. Wie ist die Plus/Minus-Bewegung in der Leistungsbilanz von rd. 40 Mrd. DM in nur zwei Jahren volkswirtschaftlich und geldpolitisch zu bewerten? Wie hat sich die Leistungsbilanz wichtiger Partnerländer (Frankreich, Großbritannien, Schweiz, Italien, USA, Japan) in diesem Zeitraum entwickelt, und was waren die Ursachen für den unterschiedlichen Verlauf?

Grundsätzlich bedeutet die Entwicklung von einem Überschuß zu einem Defizit in der Leistungsbilanz, daß an die Stelle von Ansprüchen der eigenen Volkswirtschaft an das Ausland nun Ansprüche des Auslands an das eigene Sozialprodukt treten. Welche Wirkungen davon auf Wachstum, Beschäftigung und Geldwertstabilität ausgehen, hängt von der Reaktion hierauf bei uns und in den übrigen Partnerländern, aber auch von der Anlagepolitik der Überschußländer ab. Negative Wirkungen auf wirtschaftliche und soziale Entwicklungen können letztlich nur durch eine konsequente Stabilitätspolitik und eine ausreichende Bereitschaft der am Wirtschaftsprozeß Beteiligten, sich den veränderten gesamtwirtschaftlichen und Energiepreisverhältnissen anzupassen, vermieden werden. Nur so kann das Defizit allmählich abgebaut und die marktmäßige Finanzierung des Defizits in der Übergangszeit sichergestellt werden.

In der Tendenz zeigen die Volkswirtschaften der westlichen Welt nach den erheblichen Ölpreissteigerungen der letzten achtzehn Monate eine ähnliche Entwicklung. Unterschiede in der Zahlungsbilanzkonstellation einzelner Industrienationen sind auf

— die unterschiedliche konjunkturelle Situation,

— die Wechselkursentwicklung der letzten Jahre,

— die ungleiche Ölimportabhängigkeit

— sowie die strukturellen Unterschiede in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz

zurückzuführen.

a) Entwicklung der Leistungsbilanzen in verschiedenen Ländern

Land	Leistungsbilanzsaldo in Mrd. US-$		
	1978	1979	1980 [1])
USA	— 14,3	— 0,8	— 2 1/2
Japan	16,5	— 8,6	— 17 1/4
Frankreich	3,7	1,2	— 4
Großbritannien	1,4	— 5,0	— 2 1/2
Italien	6,4	5,2	— 2 3/4
Schweiz	4,5	2,4	— 3/4
Bundesrepublik Deutschland	8,8	— 5,7	— 16

b) Gründe für die Leistungsbilanzentwicklung einzelner Länder

USA

Die starke Abwertung des US-Dollars seit 1977 zeigte im amerikanischen Außenhandel 1979 positive Mengeneffekte.

Die Nachfragebeschleunigung in den übrigen Industrieländern und das verringerte Wirtschaftswachstum der USA begünstigten weiter den Abbau des amerikanischen Defizits.

Daher verbesserte sich nach erheblichen Defiziten in den Jahren 1977 und 1978 die Leistungsbilanz der USA 1979 trotz ölpreisbedingter Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse. Die USA verfügen außerdem über eine leistungsfähige eigene Ölförderung, der Anteil des importierten Rohöls am Gesamtmineralölverbrauch ist daher erheblich geringer als in den meisten anderen Industriestaaten.

Japan

Der Umschwung in der japanischen Leistungsbilanz war 1978/79 am größten. In Japan, das 1978 noch den größten Überschuß aller Länder in der Leistungsbilanz aufzuweisen hatte, ergab sich 1979 ein deutlich höheres Leistungsbilanzdefizit als in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere weil es aufgrund fehlender eigener Energieressourcen noch stärker von Ölimporten abhängig ist. Infolge der internen Nachfrageexpansion und spezieller Importförderungsmaßnahmen kam es in Japan zu einem kräftigen Anstieg der Importe.

Frankreich

Im Verlauf des Jahres 1979 setzten sich die Auftriebskräfte in Frankreich durch. Dadurch verdoppelte sich der Anstieg

[1]) geschätzt
Quelle für 1978 und 1979: nationale Statistiken
für 1980: OECD-Economic Outlook, Juli 1980.

der realen Importe gegenüber dem Vorjahr. Die Exporte zogen bis zum Ende des letzten Jahres nach. Die Ölrechnung verschlechterte sich 1979 nicht so stark wie in der Bundesrepublik Deutschland, da Frankreich in geringerem Maße Mineralölfertigprodukte importiert, deren Preise 1979 bedeutend schneller stiegen als die des Rohöls. Nachdem die Rohölpreise nachgezogen haben und die Ausgaben für Nichtölimporte weiterhin steigen, ist in Frankreich jetzt ebenfalls ein hohes Leistungsbilanzdefizit zu verzeichnen. Der positive Saldo der Bilanz der unsichtbaren Transaktionen deckt nicht mehr – wie 1979 – die defizitäre Handelsbilanz.

Großbritannien

Durch die Verwendung und den Export eigenen Nordseeöls fiel der Umschwung in der Leistungsbilanz Großbritanniens im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland relativ gering aus. Im Nicht-Öl-Warenverkehr zeigt sich jedoch eine stark defizitäre Entwicklung. 1979 deuteten sich zwar rezessive Tendenzen in Großbritannien an, die Konsumneigung blieb aber relativ hoch und hatte eine Zunahme der Importe zur Folge. Die effektiven Aufwertungen des britischen Pfundes in den Jahren 1977 bis 1979 und die gleichzeitig überdurchschnittliche Inflationsrate wirkten sich dämpfend auf die Exportentwicklung aus. Bereinigt um die Einnahmen beim Nordseeöl stieg das Außenhandelsdefizit von 1978 auf 1979 stark an. Die Perspektive für die Leistungsbilanzentwicklung 1980 wird entscheidend durch die Deviseneinnahmen aus dem Verkauf von Nordseeöl bestimmt werden.

Italien

Im Jahre 1979 hatte Italien das zweithöchste Wachstum des realen Sozialprodukts aller westlichen Industrienationen aufzuweisen. Die realen Importe erhöhten sich in diesem Zeitraum gegenüber dem Vorjahr noch weitaus stärker. Durch gestiegene Überschüsse in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz konnte sich Italien 1979 noch einen Überschuß in der Leistungsbilanz erhalten. Inzwischen zeichnet sich jedoch eine Tendenz zur Passivierung der italienischen Leistungsbilanz ab.

Schweiz

Infolge der internen Nachfrageexpansion und des hohen Außenwertes des Franken stiegen die realen Importe 1978 und 1979 stark an. Bedingt durch den hohen Außenwert des Franken schrumpften auch die Nettoeinnahmen aus dem Reiseverkehr, was aber durch größere Kapitalerträge der im Ausland investierten Mittel kompensiert werden konnte. Das wachsende Defizit in der Handelsbilanz führte zu einem Abbau des Leistungsbilanzüberschusses.

c) Die Situation der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern

Für die außergewöhnlich starke Veränderung in der Lei-

stungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland ist das Zusammentreffen folgender Einflüsse ursächlich:

— bei einem hohen Anteil der Importe am Gesamtmineralölverbrauch (97 v. H.) wirkte sich insbesondere der noch relativ hohe Anteil der Einfuhr von Mineralölfertigprodukten aus, deren Preise 1979 besonders stark anzogen;

— durch den im Vergleich zu anderen Ländern guten Konjunkturverlauf und die hohe Einkommenselastizität unserer Importnachfrage haben die Einfuhren in die Bundesrepublik Deutschland relativ stark zugenommen (real 1979 +9,1 v. H., Januar/Mai 1980 gegenüber Januar/Mai 1979 ca. +6 v. H.). Die günstige Entwicklung der deutschen Inlandskonjunktur ist nicht zuletzt das Ergebnis der von der Bundesregierung verfolgten Wirtschafts- und Finanzpolitik;

— das Vordringen der Importwaren auf dem deutschen Markt wurde durch die vorangegangene starke DM-Aufwertung zusätzlich begünstigt.

Hinzu kommen Sonderfaktoren, von denen die Bundesrepublik Deutschland im besonderen Maße betroffen ist:

— zurückhaltendere Importpolitik der OPEC-Staaten im Jahre 1979, insbesondere der starke Rückgang der Exporte in den Iran;

— verhaltenere Importpolitik der RGW-Staaten auf Grund ihrer Finanzierungsprobleme;

— Erhöhung des traditionellen Defizits in der Dienstleistungsbilanz – insbesondere Reiseverkehrsbilanz – und Übertragungsbilanz, deren Ursachen in der Antwort auf Frage 7 aufgeführt werden.

3. Wie lange wird die Bundesrepublik Deutschland in der Lage sein, Defizite in den zu erwartenden Größenordnungen ohne gesamtwirtschaftliche Nachteile zu finanzieren?

In der Übergangszeit, bis der angestrebte Abbau der Passivsalden im Leistungsverkehr gelingt, muß die Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits vor allem durch Kapitalimporte erfolgen. Die Finanzierung durch private Kapitalzuflüsse wird – außer von den kurzfristigen Zinsdifferenzen – von den längerfristigen Ertrags- und Stabilitätserwartungen bestimmt.

Die Politik der Bundesregierung zielt darauf ab, hierfür die notwendigen Grundlagen zu sichern. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Internationale Währungsfonds (IWF) haben nach ihrer diesjährigen Prüfung der deutschen Wirtschaftslage ausdrücklich anerkannt, daß durch die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und der Deutschen Bundesbank eine gute Grundlage für die marktmäßige Finanzierung des bestehenden Defizits gegeben ist.

4. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß das zu erwartende Leistungsbilanzdefizit der Bundesrepublik Deutschland für 1980 das größte der westlichen Industrienationen sein wird, obwohl auch die anderen Industriestaaten von den gleichen Ölpreissteigerungen betroffen sind?

Nach neuesten Schätzungen der OECD (OECD-Economic Outlook vom Juli 1980) dürfte Japan 1980 vor der Bundesrepublik Deutschland das höchste Leistungsbilanzdefizit aller westlichen Industrienationen haben.

Die unterschiedliche Entwicklung der deutschen Leistungsbilanz gegenüber anderen wichtigen Handelspartnern ist 1980 im wesentlichen auf die gleichen Gründe zurückzuführen, die in der Antwort auf Frage 2, Punkt (c) aufgeführt sind.

5. Wären nach Auffassung der Bundesregierung anhaltende deutsche Leistungsbilanzdefizite Anzeichen dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht in der Lage war, mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Energieverknappung und -verteuerung rechtzeitig fertig zu werden?

Das derzeitige deutsche Leistungsbilanzdefizit ist kein Anzeichen dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Energieverknappung und -verteuerung nicht fertig zu werden vermag. Plötzliche Veränderungen der außenwirtschaftlichen Bedingungen in der durch die OPEC verursachten Größenordnung stellen eine außergewöhnliche Herausforderung an die Anpassungsfähigkeit aller Volkswirtschaften dar; die Anpassung erfordert jedoch Zeit.

Die deutsche Wirtschaft hat bisher ihre Anpassungsfähigkeit an veränderte internationale Rahmenbedingungen bewiesen. Ihr ist international, z. B. vom IWF und von der OECD, eine erstaunliche Reaktionsfähigkeit nach den Ölpreisschocks von 1973 und 1979 ausdrücklich attestiert worden. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die deutsche Wirtschaft auch in den nächsten Jahren mit den neuen Herausforderungen fertig werden kann. Allerdings sind hierfür erhebliche Anstrengungen aller Beteiligten erforderlich. Mit ihrer Wirtschafts- und speziell mit ihrer Energiepolitik hat die Bundesregierung bereits wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen.

6. Wie eng ist nach Auffassung der Bundesregierung die Verbindung einer Umstrukturierung der Energieversorgung bzw. Energiepolitik mit den Zahlungsbilanzerfordernissen? Ist die Bundesregierung auch aus diesem Grunde bereit, daraus umgehend Konsequenzen für ihre Energiepolitik zu ziehen, insbesondere eine Generalrevision der Zweiten Fortschreibung ihres Energieprogramms vorzunehmen?

Die Bundesregierung ist der Meinung, daß die Strukturanpassung der Energieversorgung an die veränderten Energiemarktbedingungen und -perspektiven von besonderer Bedeutung für die künftige Entwicklung der deutschen Zahlungsbilanz ist. Auch aus Zahlungsbilanzgesichtspunkten ist die von der Bundesregierung eingeleitete Politik des „weg vom Öl" notwendig. Da die Grundlinien der Energiepolitik in der 2. Fortschreibung

des Energieprogramms an dieser Zielsetzung ausgerichtet sind und damit auch den heutigen Erfordernissen entsprechen, ist eine Generalrevision nicht notwendig.

Bei der Umstrukturierung der Energieversorgung muß darauf geachtet werden, daß dies nicht zu einer die internationale Wettbewerbsfähigkeit sowie die künftigen Exportchancen gefährdenden Kostenanhebung führt. Durch die weltweite Strukturanpassung eröffnen sich für die deutsche Wirtschaft gleichzeitig neue Marktchancen, insbesondere auf dem Gebiet neuer Energietechnologien.

7. Wie beurteilt die Bundesregierung im Zusammenhang mit den Leistungsbilanzdefiziten die weitere und stärkere Passivierung der Bilanz der Dienstleistungen und Übertragungen? Teilt die Bundesregierung die Befürchtung des Instituts der Deutschen Wirtschaft, daß das Defizit der Reisebilanz bis 1985 auf 40 Mrd. DM steigen wird, und wie können Wettbewerbsnachteile der deutschen Fremdenverkehrswirtschaft abgebaut werden?

Die strukturelle Zunahme des Defizits in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz ist hauptsächlich die Konsequenz

— des in den letzten Jahren weiter erhöhten Wohlsttands und des damit verbundenen verstärkten Auslandsreiseverkehrs,

— wachsender internationaler Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft sowie in internationalen Organisationen und gegenüber der Dritten Welt.

Das Defizit in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz könnte sich aufgrund dieser Konstellation in den nächsten Jahren tendenziell weiter erhöhen. Allerdings ist es sehr fraglich, ob die Entwicklungslinien der letzten Jahre einfach fortgeschrieben werden können. Bei der in der Anfrage erwähnten Prognose des Instituts der deutschen Wirtschaft für die Reiseverkehrsbilanz handelt es sich im wesentlichen um eine Trendextrapolation, die die Reaktion der Verbraucher auf die Kosten- und Preisentwicklung, insbesondere im Energiebereich, sowie verstärkte Bemühungen der deutschen Fremdenverkehrswirtschaft wohl nur unzureichend berücksichtigt. Die Entwicklung der Reiseverkehrsbilanz beruht nach Auffassung der Bundesregierung nicht auf Wettbewerbsnachteilen der deutschen Fremdenverkehrswirtschaft, sondern ist Ausdruck der bisherigen Präferenzen deutscher Urlauber.

8. Welche marktkonformen Maßnahmen hält die Bundesregierung für nötig, um das Preis/Leistungsverhältnis insbesondere für Exportgüter zu verbessern und so die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und hinreichend starke Aktivierungstendenzen in der Handelsbilanz zu bewirken? Wird sie dabei den berechtigten Anliegen des mittelständischen Bereichs, dem insbesondere im Energiesektor eine starke innovatorische Rolle zukommt, Rechnung tragen?

Es ist die ureigenste Aufgabe der Unternehmen, ihre Produkte und Produktionsverfahren an veränderte Preisverhältnisse anzupassen, um damit eine anhaltende Verbesserung des Preis-/

Leistungsverhältnisses zu erreichen. Die Bundesregierung hat im wesentlichen die Aufgabe, zusammen mit der Bundesbank durch die Gestaltung und Beeinflussung von Rahmenbedingungen für ein gesundes Investitions- und Innovationsklima zu sorgen. Die Bundesregierung hält dagegen spezielle Maßnahmen wie

— eine gezielte Abwertungspolitik,
— Exportsubventionen,
— Importbeschränkungen
— oder sonstige Handelshemmnisse

nicht für geeignete Mittel, das Leistungsbilanzdefizit zu verringern.

Mit ihrer Politik zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen trägt die Bundesregierung insbesondere auch den Problemen der mittelständischen Wirtschaft bei der Anpassung an die neuen Verhältnisse Rechnung.

Im übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktionen der SPD und FDP zu den Maßnahmen und Hilfen des Bundes zur Erleichterung des Marktzugangs für die deutsche Exportwirtschaft hingewiesen (Drucksache 8/3847 vom 24. März 1980).

9. Welchen Stellenwert und welche Verantwortung mißt die Bundesregierung den Tarifvertragsparteien im Hinblick auf die Realtransfers an das Ausland zu?

Die starke Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse durch die Ölpreiserhöhungen bewirkt, daß ein geringerer Teil des Sozialproduktwachstums im Inland verteilt werden kann.

Für die weitere Entwicklung des Wirtschaftswachstums, der Beschäftigung und der Geldwertstabilität ist es von erheblicher Bedeutung, daß die Tarifvertragsparteien dies bei ihren autonomen Entscheidungen weiterhin berücksichtigen.

10. Wie beurteilt die Bundesregierung unter heutigen Gesichtspunkten die 1969 von der Regierung Brandt/Scheel angekündigte Politik der Verminderung der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ausland, und wie stellt sich diese im Zeitablauf dar?

In der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 heißt es: „Ohne Aufwertung wäre eine weitere Zuspitzung der Konjunkturlage mit der Gefahr einer nachfolgenden Rezession kaum vermeidbar gewesen. Unser Ziel lautet: Stabilisierung ohne Stagnation. Diesem Ziel dient unser wirtschafts- und finanzpolitisches Sofortprogramm. Es enthält: 1. eine Finanzpolitik, die eine graduelle Umorientierung des Güterangebots auf den Binnenmarkt hin fördert ...".

Diese damalige Zielformulierung entsprach der Notwendigkeit, einer Tendenz zu extremen deutschen Außenhandelsüberschüssen in einem System fester Wechselkurse zu begegnen, und zwar wegen der Gefahr konjunktureller Überhitzung, damit

verbundener Preisniveausteigerungen und nachfolgender Stabilisierungskrise. Die Bundesregierung hat damit dem Auftrag des § 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes entsprochen, u. a. zu einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht beizutragen.

Inzwischen hat sich die außenwirtschaftliche Situation jedoch aufgrund der Wechselkursentwicklung sowie vor allem durch die drastischen Ölpreiserhöhungen grundlegend geändert. Nicht mehr extreme Exportüberschüsse, sondern die außerordentlich verschlechterten außenwirtschaftlichen Austauschrelationen (terms of trade) – vor allem bedingt durch die Ölpreispolitik der OPEC – bestimmen die gegenwärtige außenwirtschaftliche Situation.

11. Sieht die Bundesregierung in einer von der SPD geforderten sogenannten „Vorausschauenden investitionslenkenden Strukturpolitik" Ansatzpunkte für einen Abbau der Leistungsbilanzdefizite, oder hält sie den bewährten marktwirtschaftlich ablaufenden Anpassungsprozeß für geeigneter?

Die Bundesregierung hat in ihrem letzten Jahreswirtschaftsbericht erneut die Grundlinien zur Ordnungs- und Strukturpolitik dargelegt. Auch im Hinblick auf die Leistungsbilanzsituation hält sie daran fest.

12. Wie beurteilt die Bundesregierung bei anhaltendem Defizit den Konflikt mit ihrer entwicklungspolitischen Zielsetzung, als reife Volkswirtschaft durch langfristige Nettokapitalexporte den Entwicklungsländern Finanzmittel, und letztlich auch reale Ressourcen, zur Verfügung zu stellen?

Die Bundesregierung sieht in der derzeitigen Leistungsbilanzsituation keinen Konflikt mit ihren entwicklungspolitischen Zielsetzungen. Die Bundesrepublik Deutschland wird auch weiterhin eine zunehmende Entwicklungshilfe leisten. Mittel- und längerfristig ist jedoch der Abbau des derzeitigen Leistungsbilanzdefizits auch im Hinblick auf die notwendige Rolle der Bundesrepublik Deutschland als Exporteur von Kapital in die Entwicklungsländer erforderlich.

13. Welche Gefahren im Zusammenhang mit der Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite der Ölverbraucherländer sind für die internationalen Finanzmärkte gegeben? Wie wirkt sich die Situation insbesondere auf die nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländer, namentlich die Schwellenländer, aus?

Konkrete Gefahren für die internationalen Finanzmärkte im Zusammenhang mit der Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite der Ölverbraucherländer bestehen derzeit nicht. Allerdings wird die Rückschleusung der Ölgelder eine starke Ausweitung des internationalen Kreditgeschäfts mit sich bringen und erhöhte Anforderungen an das Bankensystem stellen.

Die maßgebenden Industrieländer arbeiten gemeinsam an einer Verbesserung der Aufsicht über das internationale Bankgeschäft. Die Notenbankpräsidenten der Zehner-Gruppe und der Schweiz haben im April dieses Jahres eine Reihe diesbezüg-

licher Beschlüsse gefaßt. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig haben die Staats- und Regierungschefs diese Arbeiten unterstützt. Sie haben zugleich zum Ausdruck gebracht, daß die Geschäftsbanken ihrerseits diese Bemühungen ergänzen könnten.

Vielen der nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländern wird die Finanzierung ihrer Leistungsbilanzdefizite wachsende Schwierigkeiten bereiten, auch wenn ein erheblicher Teil dieser Defizite – vor allem bei „Schwellenländern" – weiterhin über die internationalen Finanzmärkte finanziert werden dürfte. Diese Länder werden daher zunehmend auf Hilfen der öffentlichen internationalen Finanzierungsinstitutionen angewiesen sein; zugleich verstärkt sich für sie die Notwendigkeit, durch zweckentsprechende wirtschaftspolitische Anpassungsmaßnahmen auf die Ölverteuerung zu reagieren.

14. Welche Länder haben seit dem 1. Januar 1979 durch vorübergehende Zahlungseinstellungen, Moratorien, Umschuldungsaktionen und ähnliches deutlich gemacht, daß die Grenze ihrer Verschuldungsfähigkeit erreicht ist? Wie ist es insbesondere um die Verschuldungsfähigkeit der nichtölproduzierenden AKP-Länder, die mit der Bundesrepublik Deutschland durch Lomé-II verbunden sind, bestellt?

Neben der Türkei sind noch einige wenige kleinere Länder, darunter auch AKP-Länder, in Zahlungsschwierigkeiten gekommen. Negative Folgen für die Weltwirtschaft konnten bisher verhindert werden.

Im übrigen sind Grenzen für die Verschuldungsfähigkeit eines Landes nicht eindeutig bestimmbar.

15. Welche Möglichkeiten außer der nur kurzfristig und in geringem Umfang tauglichen Verschuldung bei Öllieferstaaten sieht die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß die bei den OPEC-Staaten auf längere Sicht anfallenden Leistungsbilanzüberschüsse in die Ölverbaucherländer zurückgeschleust werden? Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung insbesondere ergriffen, um direkte Gläubiger/Schuldnerbeziehungen zwischen den OPEC-Staaten und den nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländern in die Wege zu leiten?

Soweit die Öleinnahmen von den OPEC-Ländern nicht zur Einfuhr von Waren und Dienstleistungen verwendet werden, läuft ihre Rückschleusung in jedem Fall auf eine direkte oder indirekte Verschuldung von Öleinfuhrländern bei OPEC-Ländern hinaus. Angesichts der Größenordnung des Problems – in diesem Jahr werden sich die Leistungsbilanzüberschüsse der OPEC-Länder auf mehr als 100 Mrd. $ belaufen – müssen alle geeigneten Finanzierungswege benutzt werden. Wie bereits in der Antwort auf Frage 13 zum Ausdruck gebracht, sollten die internationalen Märkte auch weiter einen maßgebenden Anteil an der Rückschleusung übernehmen. IWF, Weltbank und andere internationale Organisationen werden ebenfalls stärker eingeschaltet werden müssen. In der EG wird geprüft, welche Rolle die Gemeinschaft beim Rückschleusen in Länder der Gemeinschaft übernehmen könnte. Vor allem die ärmeren Entwicklungs-

länder werden mehr denn je auf die öffentliche Hilfe angewiesen sein.

Auch die OPEC-Länder müssen sich ihrer zunehmenden Bedeutung in der Weltwirtschaft noch stärker bewußt werden. In ihrer Erklärung von Venedig am 23. Juni 1980 haben die Staats- und Regierungschefs die Ölexportländer „dringend aufgefordert, ihre Direktkredite an Länder mit Finanzierungsproblemen zu erhöhen und auf diese Weise die Belastung anderer Rückschleusungsmechanismen zu vermindern".

Im Einzelfall hat die Bundesregierung allerdings nur geringe Einflußmöglichkeiten. Im Rahmen dieser Möglichkeiten hat sich die Bundesregierung mit Erfolg dafür eingesetzt, daß z. B. die Türkei in diesem Jahr auch von OPEC-Seite mit nennenswerten Beträgen unterstützt wurde. Andererseits müssen wir Verständnis dafür haben, daß die Ölländer sichere und ertragbringende Anlagemöglichkeiten wenigstens für den größten Teil ihrer Überschüsse wünschen.

16. Wie beurteilt die Bundesregierung die Anlagemöglichkeiten, insbesondere für die „low absorbers unter den OPEC-Staaten? Hält sie es für notwendig, Anlagehindernisse, ggf. welche, in Deutschland abzubauen?

An Anlagemöglichkeiten für die Überschüsse der OPEC-Staaten fehlt es nicht. Besonders vorteilhaft für die Ölländer sind Anlagen bei den internationalen Finanzierungsinstitutionen IWF und Weltbank. Die Bundesregierung unterstützt deshalb nach wie vor auch den Plan für die Errichtung eines Substitutionskontos im IWF.

Für die Mittelanlage in der Bundesrepublik Deutschland sind im März dieses Jahres die ohnehin schon nicht sehr einschneidenden Beschränkungen für den Kapitalimport weiter gelockert worden. Beschränkt sind heute nur noch kurzfristige Anlagen mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren. Hiermit soll erratischen Geld- und Wechselkursbewegungen vorgebeugt werden. Ein weiterer Abbau dieser Beschränkungen erscheint angesichts der längerfristigen Natur des OPEC-Anlagebedarfs nicht erforderlich.